

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 20. Februar 1924

Nummer 16

**Wer als Buchdrucker die Schäden der Zeit und die im eignen Gewerbe richtig erkennen will, und wer gegen diese nach Mitteln und Wegen sucht und mit dem besten Rüstzeuge kämpfen will, der ist Bezahler und aufmerksamer Leser des „Korr.“.**

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

Statt des üblichen gewerkschaftlichen Jahresrückblicks, der in früheren Jahren an dieser Stelle eine Aufrollung erfuhr, sei einmal mitten hinein gegriffen in wichtige gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen, deren Ursprung bis zum Revolutionsbeginn zurückliegt. Grundsatz dabei soll sein: Kein Wehklagen über das hinter uns Liegende, keine persönlichen Anklagen und Anfeindungen, dafür um so entschiedeneres Abwenden von verneinendem und schädlichem Tun innerhalb der Arbeiterbewegung, offen und ehrlich gesagt, „was ist“.

Das Sprichwort „Wer nicht von der Vergangenheit lernt, wird von der Zukunft bestraft“, hat für die Arbeiterbewegung besondere Bedeutung. Blicken wir zurück bis zum November 1918, der die deutsche Arbeiterschaft im Besitze der politischen Macht sah. Am Tage der Revolution wurde in Berlin durch eine Extraausgabe des „Vorwärts“ ein gemeinsamer Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiter- und Soldatenrats verbreitet, in dem die Errichtung des freien Volksstaates verkündet wurde. „Fritz Ebert, der Vorkämpfer der Sozialdemokratischen Partei, ist Reichspräsident geworden und bildet im Reich und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen. Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden.“ Also hieß es in dem Aufruf der damaligen politischen Machthaber, mahnend und warnend zugleich. Der erste Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte beschloß sodann nicht lange darauf die Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung. Dieser Beschluß bedeutete den freiwilligen Verzicht auf Diktatur und politische Macht zugunsten der Demokratie. Es dokumentierte sich darin aber auch das Eingeständnis, daß die erforderliche Kraft zur Aufrechterhaltung der politischen Macht in der Masse nicht vorhanden war. Knapp fünf Jahre sind seitdem verfloßen, und ein riesiges Kapital an politischem Vertrauen ist inzwischen nutzlos verwirrt worden. Es gelang nicht, die vergangene politische Macht mit wirtschaftlicher Kraft zu paaren und auf diese Weise dauernde Werte für das werktätige Volk zu schaffen. Die Uneinigkeit der Arbeiterschaft trägt ein gerüttelt Maß Schuld daran. Ihre politische Zerrissenheit hatte den Reaktionen aller Schattierungen, die sich mit dem Ende ihrer Herrlichkeit wohl oder übel bereits abzufinden begannen, neuen Mut gemacht. Trotzdem aber wäre es grundfalsch, das Fehlschlagen aller politischen Hoffnungen und Erwartungen allein auf die Zerfahrenheit des deutschen Proletariats zurückzuführen zu wollen. Die Ursachen dafür sind vielmehr auch in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustande sowie in der Tatsache zu suchen, daß sich in der Zeit nach der Revolution die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker erwiesen als die Durchschlagskraft politischer Ideen und Ideale. Von einer tatsächlichen Eroberung der politischen Macht konnte übrigens kaum die Rede sein, solange noch die alte Bureaucratie in den Amtsstuben aller staatlichen Organe das Szepter schwang. Es war ihr ein leichtes, alle ihr nicht in den Kram passenden Regierungsmassnahmen zu sabotieren. Und sie tat dies auch nachdrücklich. Die Vorbedingung für die Eroberung der politischen Macht liegt gerade darin, von dieser Macht auch den richtigen Gebrauch zu machen. Das erste hätte sein müssen, sämtliche staatlichen Organe mit zuverlässigen, vom Geist der neuen Zeit durchdrungenen Personen zu besetzen. Es war dies jedoch eine glatte Unmöglichkeit für die Arbeiterschaft. Obendrein wurde nicht selten die Autorität der in Regierungsstellen gelangenen verhältnismäßig wenigen Vertreter der Arbeiterschaft von dieser selbst aus kleinlichen Beweggründen untergraben. Schon das Wahlergebnis zur Nationalversammlung im Jahre 1919 zeigte klar, daß das deutsche Volk

in seiner großen Mehrheit politisch um keinen Deut klüger war als 1914. Die Menschen waren dieselben geblieben, die äußerliche Revolution hatte keine innerliche Veränderung in ihnen hervorgerufen. Höchstens, daß Raffiner und Sabuch ins Riesenhafte gewachsen waren. Dazu kam noch, daß die Reichstagswahlen im Jahre 1920 eine ausgesprochen bürgerliche Mehrheit zeitigten. Die Folgen dieses offensichtlichen Zurückbleibens des politischen Einflusses der Arbeiterschaft traten von Stunde an in Erscheinung. Die arbeitende Bevölkerung hat sie namentlich in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht empfindlich zu spüren bekommen. Diese wenigen, aber sehr markanten Tatsachen aus der Zeit nach der politischen Revolution sollte sich jeder vor Augen führen, der Verständnis dafür gewinnen will, wie es die nach und nach verschlechterten politischen Zustände auch die wirtschaftlichen sehr ungünstig beeinflussten. Für die Beantwortung der Frage, ob es in der Macht der Arbeiterschaft allein gelegen hätte, die Entwicklung in andre Bahnen zu lenken, hängt jedenfalls ungemein viel ab von der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Wesentlich bequemer ist es allerdings, die Schuld an all dem Elend, das die deutsche Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit betroffen hat, einzelnen Personen in die Schuhe zu schieben; aber zu einem objektiven Urteil gelangt man auf diese Weise nicht.

Eigentlich hat jedes der seit dem Weltkriege hinter uns liegenden Jahre eine Steigerung der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes mit sich gebracht, aber was wir im Jahre 1923 an Not und Elend durchkosten mußten, hat alles Vorangegangene tief in den Schatten gestellt. Mit Reulenschlägen wurde uns zum Bewußtsein gebracht, daß wir ein im Weltkriege unterlegenes Volk sind. Wir versagen es uns, auf die Schilderung von Einzelheiten der wachsenden Volksnot hier nochmals einzugehen. Zusammenfassend sei aber betont, daß der Anknüpfungspunkt unzer wirtschaftlichen Not beim Entente-Kapitalismus liegt, und daß der Versailler Friedensvertrag zum Schicksalsbuch der deutschen Nation geworden ist. Damit soll keineswegs die deutsche Kapitalistenklasse von Schuld und Fehle am traurigen Schicksal ihres Volkes freigesprochen sein. Gerade sie ist es ja gewesen, die die schlimmste Phase des deutschen Elends, die Besetzung des Ruhrgebiets, heraufbeschworen hat. Könnte heute wiederholt werden, was wir gelegentlich der französischen Besetzung des Ruhrgebiets in Nr. 18 des vorigen Jahrganges an dieser Stelle über Kapitalistenmoral geschrieben, es würde sich erweisen, daß wir in jeder Beziehung verblüffend richtig prophezeiten. Die Arbeiter und Angestellten im Ruhrgebiet sind die eigentlichen Träger des mit riesigen Opfern an Gut und Blut durchgeführten Widerstandes gewesen, während die Unternehmer sich auf bloße Versprechungen beschränkten, die nach Beendigung des Kampfes natürlich nicht gehalten wurden. Wäre der Ruhrkampf nicht ausschließlich mit Hilfe der Notendrucke geführt worden, hätten die Besitzenden anstatt aus der dadurch bewirkten Inflation Nutzen zu ziehen, in den eigenen Geldbeutel gegriffen, dann wäre die Not des deutschen Volkes bestimmt nicht bis zu dem Verzweiflungsstadium angewachsen, das im November vorigen Jahres zu verzeichnen war. Für die infolge der Inflation finanziell stark geschwächten Gewerkschaften war es ein Ding der Unmöglichkeit, die Löhne mit den rasend steigenden Preisen der gesamten Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Jede Lohnbewegung steigerte die Verelendung noch, weil die Kaufkraft des Lohnes immer tiefer herabsank. Außerdem nahm die Arbeitslosigkeit in allen Berufen immer bedauerlicheren Formen an. Diesen Höhepunkt der gewerkschaftlichen Krisis mit überwinden zu helfen, dazu waren viele Gewerkschaftsleute nicht geschult genug; am allerwenigsten aber die ungeschulten Laufende, die erst nach der Revolution den Gewerkschaften zuströmten, weil sie Lohnbewegungsmaschinen in diesen erblickten. Es war ihnen einfach unfassbar, daß die Lohnentwicklung nicht weiter in aufsteigender Linie verlaufen sollte, daß die Gewerkschaften, statt Verbesserungen zu erkämpfen, sich auf die Abwehr von Verfallschörungen beschränken mußten. Was wunder, daß gerade in der kritischsten Zeit, wo sich nach langem Warten die Treue zur Organisation im hellsten Lichte hätte zeigen müssen, die meisten Gewerkschaften einen Mittelschritt zu verzeichnen hatten. Aus der Unwissenheit der Arbeiterschaft hat die Kapitalistenklasse schon von jeher ihre besten Ernten gezogen. Jetzt, wo es gilt, die schwersten Lasten aus dem Reparationsproblem auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen, für ein Mindestmaß an Lohn ein Höchstmaß von Arbeitsleistung zu erhalten, kommt den Unternehmern die

Zermürbung der Arbeiterklasse infolge der wirtschaftlichen Nöte natür- lich ganz besonders aclegen.

Die an und für sich schon günstige Kampfsposition der Unternehmer gegenüber der Arbeiterklasse erfährt noch eine wesentliche Verbesserung durch die von den Kommunisten mit wachem Feuereifer betriebene Verwirrungs- und Zersplitterungsarbeit aus partei- politischen Gründen. Mit dem hysterischen Schrei „Fort mit den reform- politischen Gewerkschaftsführern“ versucht man die Massen über unbe- queme politische und wirtschaftliche Tatsachen hinwegzutäuschen. Für alles werden die Gewerkschaftsführer verantwortlich gemacht, für die schlechte wirtschaftliche Lage sowohl als auch für die Erstarkung der Reaktion in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Beziehung. In totaler Verkennung des Aufgabensfeldes und des Machtbereiches der Gewerkschaften werden diese für Sünden der politischen Parteien ver- antwortlich gemacht, und geflissentlich wird der naive Glaube bei den Massen erweckt, als bedürfe es nur des Willens oder des Mutes der Gewerkschaftsführer, um mit einem Schlage eine Änderung der trost- losen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen. In jeder Gewerkschaft gibt es unsichere Kantonsisten, die aus Mangel an Erfab- rung und Überzeugung wie das Rohr im Winde hin und her schwanken oder die in falscher Beurteilung der ursprünglichen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben ihrer Verbitterung hemmungslos die Fäden ziehen lassen. Was ihnen an Wirklichkeitsinn und logischem Denkvermögen abgeht, wird in der Regel durch Rungenkraft ersetzt. Auf herartige Ele- mente stützen sich im wesentlichen die kommunistischen „Einheitskämpfer“ bei ihrem Bemühen, „die Gewerkschaften zur Förderung des revolutio- nären Klassenkampfes zu befähigen“. Es ist nichts weiter als ein Ver- brechen an der deutschen Arbeiterschaft, wenn ausge- rechnet geht, wo sich die Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum in einer recht ungünstigen Kampfsposition befinden, kommunistische Heißsporne in verstärkter Weise die Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Gewer- schaftsbewegung zu untergraben suchen. Zu diesem Zwecke ist in Berlin ein Mitteleuropäisches Bureau eingerichtet worden, in dem nicht weniger als 18 hauptamtlich tätige Sekretäre (von denen kein einziger einer dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaft angehört) als Industriegruppenleiter die künftige „Einheitsorganisation“ unter kom- munistischem Protektorat vorbereiten. Ferner ist der Reichspartei- leitung und den Bezirksleitungen je eine „Abteilung Gewerkschaften“ angegliedert, die allesamt den Auftrag haben, in den Gewerkschaften Zellen und Fraktionen zu bilden sowie diese zusammenzufassen und zu kontrollieren. Außerdem wurde ein sogenannter Reichsarbeitsausschuss der revolutionären Gewerkschaften gebildet, dessen Präsidium von Walscher, Hedert, Bachmann und andern Quertreibern gebildet wird. In dem Reichsarbeitsausschuss sind außer den aus ihren Gewerkschaften (Fraktionen) Ausgeschlossenen auch die oppositionellen Minderheiten der Gewerkschaften vereinigt. Wie man nach der Revolution vor lauter „Räten“ keinen Rat mehr wußte, so kennt sich jetzt in den vielen kommuni- stischen Komitees, Arbeitsausschüssen und Aktionsprogrammen kein Mensch mehr aus. Raum war in der letzten Nummer des „Korre- spondenzblattes“ das Organisationsprogramm mitgeteilt worden, nach dem die von Moskau ausgehaltenen Sekretäre die „Einheitsfront“ her- zustellen gedenken, da gelangte schon wieder ein neuer kommunistischer Plan zur Rettung der Gewerkschaften an die Öffentlichkeit. In Nr. 6 der neuen „Gewerkschaftszeitung“ wurde nämlich ein Rundschreiben des „Zentralkomitees zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheits-“ mit- geteilt. Dieses Zentralkomitee ist ein Ersatz für die frühere Kommu- nistische Gewerkschaftszentrale. Über die „Formen der künftigen Arbeit“ heißt es in dem Rundschreiben u. a.:

Es kommt darauf an, jetzt beizutreten die aktiven Genossen zusammen- zunehmen und mit ihnen die Aufgaben vor den allfälligen Veranlassungen der Verbände und Ortsausschüsse zu besprechen. ... Es dürfte wohl für keinen Genossen einem Zweifel unterliegen, daß wir während der illegalen Periode der Partei die besten Wirkungsmöglichkeiten für unsere Propaganda neben der wichtigen Arbeit in den Betriebs- zellen jetzt in den gewerkschaftlichen Organisationen liegen. Jedoch nicht nur zur Propaganda dürfen und sollen alle gewerkschaft- lichen Zusammenkünfte ausgenutzt werden, ebenso wichtig ist, daß unter Leitung unserer Fraktionen die gesamte Opposition jetzt praktisch organisiert, und unter Aus- nützung aller statutarischen Möglichkeiten die Leitung der Funktionsträger aller Verbände von unten bis oben von allen reformpolitischen arbeitereinführenden (lies: nichtkommunistischen) Elementen vollzogen wird. Der gesamte Funktionärrapparat aller Verbände muß in kürzester Zeit völlig in den Händen der Opposition liegen. Nur so wird es möglich sein, in Auswertung der Weimarer Kon- ferenzbeschlüsse Hand in Hand mit der Mobilisierung der Massen, auch die organisatorischen Voraussetzungen zur Eiderufung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zu schaffen. ...

Was es mit der sogenannten Weimarer Konferenz der „Orts- ausschüsse“, die in Wirklichkeit in Erfurt am 25. November 1923 stattfand und die mit kommunistischer Hilfe finanziert wurde, für eine Bewandnis hat, das wird in einer im Auftrage des ADGB jüngst erschienenen Broschüre, betitelt „Die Rettung vor dem Untergang“, sehr wirkungs- voll auseinandergesetzt. Ihre Anschaffung ist jedem Gewerkschaftler zu empfehlen, der sich ein eigenes Urteil bilden will. Für eine kritische Würdigung der weltbewegenden Beschlüsse jener Konferenz verdient die Zeit und Mühe Beachtung, wie sie sich mit den aufgeregten Problemen abend. Nach dem Protokoll wurde die Konferenz um 12 Uhr mittags eröffnet. Die geschäftlichen Vorbereitungen, Verlesung der Beirühmungs- schein, Wahl und Bericht der Mandatsprüfungskommission, namens- losen eine erhebliche Zeit für sich in Anspruch. Zwei Konferenzen, umfang- reiche Programme und ein noch viel umfangreicheres Mantelstück wurden zur Erörterung gestellt, und trotzdem konnte die Konferenz noch am selben Nachmittag beendet werden. Mit Recht wirkt anfangs dieses Ereignis in der Behandlung des umfangreichen Beratungsstoffes der Verfasser der erwähnten Broschüre des ADGB die Frage auf: Ist

das nicht ein Zeichen des fürchterlichsten geistigen Tiefstandes der Väter und Teilnehmer dieser Veranstaltung? Alle Beschlüsse wurden laut Protokoll einmütig gefaßt. Da ein praktischer Gewerkschaftsmann die dort servierten „Rettungsmittel“ unmöglich so kritisch hinnehmen kann, werden die Teilnehmer auf gewerkschaftliche Erfahrung keinen Anspruch machen können. Von mehr als 1400 im ADGB vereinigten Ortsausschüssen waren 181 auf der Weimarer Konferenz vertreten. Berlin, Hamburg, Breslau, München, Nürnberg, Leipzig, Dresden, Frankfurt a. M., Köln und andre Großstädte hatten eine Beteiligung abgelehnt. Auch daraus kann man seine Schlüsse ziehen auf die Be- deutung der Konferenz, deren agitatorische Auswertung in so groß- sprecherischer Weise von kommunistischer Seite angekündigt wird. Schall und Rauch, wobin man blickt! Der nächstern, auf praktische Ziele ge- richteten Gewerkschaftsarbeit ist mit kommunistischen Heilsrezepten Moskauer Herkunft absolut nicht gebient. Es ist schlimm genug, daß die Kommunisten die politische Machtstellung der deutschen Arbeiterschaft aufs unheilvollste beeinträchtigen haben. Wenn sie nunmehr durch ihre gewerkschaftliche Zersplitterungsarbeit auch noch dem Unternehmertum Helfersbeldienste leisten bei der wirtschaftlichen Niederhaltung der Arbeiterschaft, dann muß ihnen aufs schärfste entgegengetreten werden. Insbesondere darf kommunistischen Schreibhüllen in Gewerkschaftsver- sammlungen niemals das Feld geräumt werden. Es ist bekanntlich nichts so radikal, das es nicht durch noch größeren Radikalismus über- trumpt werden könnte. Seitdem sich in jüngster Zeit in Moskau ein abermaliger Umstellungsprozeß innerhalb der kommunistischen Partei vollzogen hat, der die vuschistische Linkströmung obenau brachte, sind die Brandler, Hedert, Walscher, Böttcher usw. als opportunistisch an- rüchig einstweilen abgehalftert worden. Auf Grund ihrer besseren Kenntnis der deutschen Verhältnisse, speziell der Gewerkschaftsbewegung, erlaubten sich die Genannten leise taktische Abweichungen von dem Diktum der Moskauer Zentrale. Das ist ihnen allerdings schlecht be- kommen, und es wird nunmehr für sie kaum etwas andres übrig bleiben, als durch eine radikalere „ideologische Einstellung“ die Vergebung ihrer Sünden von den Parteigewaltigen zu erlangen. Das wird den vor Moskau Geächteten ja nicht schwer fallen. Für überzeugte Gewerkschaftler aber kann es angesichts der neuerlichen verstärkten Anstren- gungen des kommunistischen „Zentralkomitees zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheits-“ nichts Dringlicheres geben, als sich schützend vor ihre Gewerkschaften zu stellen. Nie war gewerkschaftliche Geschlossen- heit notwendiger als gegenwärtig.

Eine in sich gesplattene Gewerkschaftsbewegung würde zum Spiel- ball des Unternehmertums werden in einer Zeit, wo dieses sich an- schickt, seinem Herrenstandpunkt im schärfsten Klassenkampfe gegen die Arbeiterschaft rücksichtslos Geltung zu verschaffen. Tag für Tag erfolgen neue Vorstöße von Unternehmergruppen, um die alten Herrenrechte wieder aufzurichten. Der völlige Zusammenbruch der Währungsverhältnisse mit seinen Folgen, Abschafung und Massen- arbeitslosigkeit, hat die größere Macht den Unternehmern in die Hände gespielt. Sie rechnen damit, wie das mit brutaler Offenheit in ihrer Presse ausgesprochen wurde, daß die blanke Not die Arbeiterschaft schließlich zu jeder Arbeit und Arbeitszeit treiben wird. Dem Nieder- reiten des „schematischen“ Nachstundentages folgt neuerdings das Nieder- reiten des „schematischen“ Tarifvertrages. Aus jeder Nummer des „Arbeitgebers“, des Organs der Arbeitgeberverbände, geht deutlich her- vor, daß es den industriellen Scharmachern nicht bloß um die restlose Beseitigung des Nachstundentages zu tun ist, sondern sie verlangen auch unter scharfen Ausfällen gegen die Reichsregierung die Beseitigung der Arbeitszeitverordnung, fordern also den Fortfall jeder Arbeitszeit- begrenzung. Aber nicht genug damit, das Unternehmertum läuft auch lebhaft Sturm gegen das amtliche Schlichtungswesen und das Tarif- vertragswesen und setzt sich entschlossen zum Abbau der gesamten Sozial- politik. „Man glaubt sich in die Zeiten der heftigsten Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückversetzt“, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht angesichts des Großmachtbünkels, der gegenwärtig das deutsche Unternehmertum bedroht. Die endliche Aufhebung des militärischen Besagerungsstandes, der in der ersten Zeit seines Bestehens auch für die Gewerkschaften sich fühlbar machte, hat bezeichnenderweise aus Industriellenkreisen zu den meisten Protesten geführt. Die militärische wie die Regierungsdictatur (das am 15. Februar abgelaufene Ermäch- tigungsgesetz) müssen ihren Interessen eben sehr förderlich gewesen sein. „Freies Spiel der Kräfte“, freie Wirtschaft auch auf dem Arbeits- markte, um diese Rolle dreht sich heute alles für die Unternehmerorgani- sationen, und mit Hilfe ihrer eigentlichen Nachgeister an der Arbeiter- schaft, der Syndici, verfolgen sie die gesteckten Ziele mit einer Rücksichts- losigkeit, die sogar im eigenen Lager Bedenken erregt. Die Redaktion des „Arbeitgebers“ bezeichnete erst unlängst die soziale Krise, die Deutschland durchzittert, als Krisenzustand, und in der richtigen Er- wünschung, daß ein derartiger Zustand natürlich nicht ewig dauern kann, wurden von ihr „übertriebene Äußerungen des Nachgeistes auf der Seite des Unternehmertums“ bedauert. Es wurde ferner Verwahrung dagegen eingelegt, „solche Willensfindungen vereinzelter impul- siver Naturen als programmativ für das gesamte Unternehmertum zu betrachten“. In anderer Richtung liegt auch ein „Appell an die Öffent- lichkeit“, den Dr. G. Weislinger, der Syndikus der Vereinigung der Arbeit- nehmerverbände, vor kurzem erlassen hat. Darin ist es nicht die Genannte sehr besorgt darum, „daß der Reibel nun nicht auf einmal wieder zu weit nach der andern Seite ausschlägt, damit erucant Anlaß zu einer Reaktion abend und so die ruhige und stetige Entwicklung hemmend, deren kein Volk nötiger bedarf als das deutsche“. Solche einschränkende Bemerkungen von wirtschaftlich Weiterdenkenden dürfen natürlich nicht



so gebüht werden, als befänden sich bessere Einsicht und Vernunft bereits auf dem Marsche im Unternehmerlager. Nein, keinesfalls.

Im wirtschaftlichen Kampfe gilt es jetzt: der Macht des Unternehmers die Kräfte der Arbeiterbewegung richtig entgegenzusetzen. Durch gewerkschaftliche Geschlossenheit muß verhindert werden, daß der Ruf „Wehe den Besiegten“ sich noch schmerzvoller auswirkt. Es hat sich noch immer gezeigt, daß die Gewerkschaften stärker aus den Wirren der Zeit hervorgegangen sind. Wo man glaubt, sie am empfindlichsten getroffen zu haben, da sind sie von neuem emporgeblüht. Das wird sicherlich auch diesmal Wahrheit werden. Der Stand der Wirtschaft und die Lage der Gewerkschaften entsprechen einander. Das Unternehmertum kann eine positive Stärke nur vorläufigen, solange das Wirtschaftsleben darniederliegt. Schlägt der Fendel, um mit Dr. Meißner zu reden, „nach der andern Seite“ aus, dann werden die Sachwalter der Interessen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, für entsprechende Verzelung zu sorgen wissen. Was jetzt not tut auf Arbeiterseite, ist vorurteilslose Betrachtung der Dinge, um die jetzige Situation richtig zu begreifen. Alle Maßnahmen müssen gegenwärtig um so mehr auf Wirkung und Erfolg gerichtet werden, je weniger sich die Gewerkschaften den Luxus von teurem Lehrgeld für verunsicherte Experimente erlauben dürfen. Das einzusehen, sollte niemandem schwer fallen, der die Geschehnisse in dieser ereignisreichen Zeit verfolgt und aus der Vergangenheit die rechte Kubanwendung zieht.

Nachdem nunmehr die deutschen Gewerkschaften über die schlimmsten Zeiten der Geldentwertung glücklich hinweg sind, muß in jeder Beziehung gewerkschaftliche Wiederaufbauarbeit geleistet werden. Namentlich das Versammlungsleben muß einen Aufschwung erfahren. Mancher gutgeschulte Gewerkschaftler hat sich im Laufe der Zeit abgestoßen gefühlt durch überhäufte Aufstellung von Fragen, die mit der Wesensart und dem Machtbereich der Gewerkschaften nur in sehr losem Zusammenhange standen. Jetzt, wo die gewerkschaftliche Schulungs- und Aufklärungsarbeit wieder wie in der Vorkriegszeit von Grund auf betrieben werden muß, darf niemand absteigen bleiben. Je mehr gewerkschaftlich, volkswirtschaftlich und sozialpolitisch geschulte Mitglieder eine Gewerkschaft aufzuweisen hat, desto besser ist es in jeder Beziehung um sie bestellt. Von neuem gilt es in enger Kleinarbeit die Grundlagen zu schaffen für den aufwärtsführenden Gewerkschaftskampf, heißt es sammeln, schulen, einigen, sich selbst vertrauen und zu andern das Vertrauen haben, daß sie auf das Wohl der Gesamtheit bedacht sind!

**Sofort bei der Post den „Korr.“ bestellen!** In der

Zustellung wird beim Monatswechsel nur durch sofortiges Abonnieren Erhebung vermieden. Ein jeder abonniert den „Korr.“. Bezugspreis 0,30 Goldmark für den Monat. Zustellungsgebühr 8 Pfennige extra.

## Allgemeine Rundschau

**Nachdemwertes Beispiel.** Die Buchdruckerei „Volkswacht“, Breslau, gewährte ihrem Personal Zulagen in Höhe von etwa 25 Proz. des Minimums, auch die Hilfsarbeiterchaft wurde mit einbezogen. Den Kollegen und Hilfsarbeiter resp. Einlegerinnen, die erst in der letzten Zeit eingestellt worden sind, wird die Höherentlohnung nach Ablauf von vier Wochen gewährt.

**Ganztier im Priesterrod.** Das Amtsblatt der Kölner erzbischöflichen Behörde hielt es für angedacht, in dieser Zeit, wo Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen unter schwerer wirtschaftlicher Not leiden, an die „Wink“ zu erinnern, die hinsichtlich der Behandlung von katholischen Mitgliedern der freien Gewerkschaften im Vorjahr vom Gesamtepisopat allen Seelsorgern und Bischöflichen gegeben wurden. Um welche Art von „Winken“ es sich handelt, geht hervor aus einer uns überbrachten Nummer des „Katholischen Kirchenblattes für die Pfarrgemeinde St. Laurentius, Steele“, eines auch in andern katholischen Pfarrbezirken verbreiteten Kirchenblattes. Dort heißt es in einem „Katholiken und freie Gewerkschaften“ betitelten Artikel u. a.: „Katholiken, die trotz erfolgter Aufklärung und, obwohl ihnen der Eintritt in eine andre, erlaubte Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, sind zum Sakramentenempfang nicht mehr auszuweisen. Das heißt praktisch: Sie sind unfähig, die Losprechung zu erhalten, und dürfen nicht mehr zur hl. Kommunion zugelassen werden. Und zwar trifft diese Strafe nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte und Beamte, die den freien Gewerkschaften angehören.“ Hierauf folgt eine Abmahnung der verhassten freien Gewerkschaften, die sich die Gewerkschaft der Kirche religiös verdient hätten, und dann heißt es weiter: „Und so ist denn jetzt für uns Katholiken, die noch Angehörige der freien Gewerkschaften, Angestelltenverbände und Beamtenverbände sind, der Zeitpunkt gekommen, sich zu entscheiden. Wir zweifeln nicht daran, daß zu ihnen auch noch manche Leser des Kirchenblattes, vielleicht sogar gute Freunde unserer Sache gehören. Wir denken da a. B. an so manche Angehörige des freien Buchdruckerverbandes. Auch sie werden sich der Entscheidung jetzt nicht mehr entziehen können. Es heißt jetzt: Entweder — oder! Entweder heraus aus dem Verband, oder aber sie müssen auf die Losprechung und auf die hl. Kommunion verzichten.“ Wir meinen, die Diener der Kirche hätten heute, wo sich Arbeiter, Angestellte und Beamte ohne Unterschied der politischen Anschauung und der Religion einer wirtschaftlichen und sozialen Entzweiung fonderalsten mit Hilfe ihrer Gewerkschaften er-

wehren müssen, Besseres zu tun, als die Menschen gegenseitig religiös zu verheben. Christlichen deutschen Kapitalisten, wie Thossen und Altdörfer, die sich nicht scheuen, zur Durchführung einer verlängerten Arbeitszeit die Hilfe französischer Balonette in Anspruch zu nehmen, imponiert man nicht mit Bibelzitierten und frommen Predigten, sondern nur durch eine auf denkendem Verstande beruhende Macht, wie sie sich in den freien Gewerkschaften verkörpert. Wir empfinden ehrliebe Achtung vor jeder religiösen Überzeugung, aber desto größeren Abscheu vor einer religiösen Heuchelei, die mit dem Gottesbewußtsein wahrhaft frommer Menschen rein gar nichts zu tun hat.

**Bessere Papierpreiserhöhung.** Wie der Verband Deutscher Druckpapierfabriken mitteilte, ist am 1. Februar eine weitere Ermäßigung des Papierpreises, und zwar um 1,50 M. für 100 Kilogramm Rollen- und Formatpapier, eingetreten. Das Kilogramm Rollenpapier kostet in Zukunft 25,5 Pf., das Kilogramm Formatpapier 26,5 Pf.

**Ein Gewerkschaftler vor der Sachverständigenkommission.** Die Erste Sachverständigenkommission zur Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands unter dem Vorsitz des amerikanischen Generals Dawes hat am 11. Februar mit dem Reichsfinanzministerium Sitzung genommen, um die Beratungen über den neuen Reichsetat zu beginnen. Am Nachmittag des gleichen Tages hörte der Sachverständigenausschuß den zweiten Vorsitzenden des ADGB, unsern Kollegen Peter Grammann, als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, insbesondere der freien Gewerkschaften. Dieser schilderte zunächst die deutschen gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse und erinnerte daran, daß vor allem die freien Gewerkschaften stets für Verkündigung eingetreten wären und sich um praktische Vorschläge zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufs eifrigste bemüht hätten. Die Arbeiter liebten das Kapital nicht. Gelte das schon für das deutsche Kapital, so wäre es gegen Natur und Vernunft, wenn sie das ausländische Kapital mehr lieben sollten. Daraus ergebe sich auch ihre Stellung zum Friedensvertrag von Versailles und zur Politik der Sanktionen, die zur Ruhrbesetzung geführt habe. In diesen Dingen gebe es keine Trennungslinie im Volke dem Ausland gegenüber. Kollege Grammann schilderte dann eingehend die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die mit höchsten zwei Dritteln ihres Friedenseinkommens für die stark gestiegenen Kosten ihrer Lebenshaltung aufkommen sollten. Er verwies weiter auf den erschütternd wirkenden Rückgang der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse dieser Schichten der Widerstandskraft und der Arbeitsfähigkeit sei die Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Einrichtungen unbedingte Pflicht. Um so mehr müsse aber auch am Achtstundentag festgehalten werden, und deshalb erbitte die deutsche Arbeiterschaft aufs eifrigste die Ratifizierung des internationalen Abkommens von Washington. Eine neue Inflation würde das deutsche Volk nicht mehr ertragen, es würde an ihr zugrunde gehen. Es sei höchste Zeit, daß in der Frage der Garantierung eines wertbeständigen Geldes Entscheidendes geschehe, um in den verkümmerten Massen des deutschen Volkes den Glauben an eine bessere Zukunft aufrechtzuerhalten. In einem längeren Frage- und Antwortspiel über die Steuererhebung, das sich an Grammanns Ausführungen angeschlossen, hob dieser hervor, daß die Arbeiter durchaus bereit seien, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen, daß sie das selbe aber auch von andern verlangten. Die Frage, ob er das deutsche Steuersystem in diesem Sinne für gerecht halte, verneinte Grammann und bemerkte im übrigen, die deutschen Arbeitnehmer seien durch die Lohnsteuer so stark vorbelastet, daß man für den Vergleich ihrer Steuerbelastung mit jener der Arbeitnehmer anderer Länder nicht allein die indirekte Belastung heranziehen dürfte. Die Ausfrage endete mit einem Schlusswort des Vorsitzenden, der unsern Kollegen Grammann „für den Freimut und die Kühnheit“ seiner Ausführungen in herzlichen Worten dankte. Hoffentlich seitlich die vom ADGB durch seinen zweiten Vorsitzenden vor der Unterekommission geleistete Aufklärungsarbeit entsprechende Resultate. Eine wirtschaftliche Kampfführung solcher Art ist allerdings schwieriger und erfordert größere persönliche Verantwortung als radikales Kraftmetertum in Volkssammlungen, das mühevoller sozialer Arbeit für das Volk gescheitlich aus dem Wege geht.

**Was ist Sinn der Bänderung der heiligen Not?** Diese peinliche Frage hat das amerikanische Diskomitee des Generals Allen längst an seine Berliner Vertretung gerichtet. Das Allen-Komitee, das weitesten Kreisen Deutschlands durch seine Speisestellen, Geld- und Lebensmittelaufwendungen für Erwerbslose und Minderbemittelte bekannt geworden ist, erwartet von seinem Berliner Beauftragten eine umgehende und erschöpfende Antwort auf die von ihm gestellte Frage. Die Antwort dürfte sich in den beiden Worten „absolut nichts“ erschöpfen.

**Vor einer Erhöhung der Beamtengehälter?** Im Finanzschneiderschuß des Reichstages wurde dieser Tage eine Verordnung behandelt, wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, neue Sätze für die Grundgehälter der Beamtenhaft festzusetzen. Diese Verordnung bezweckt, daß, sobald die Finanzlage des Reiches und die allgemeine Wirtschaftslage es irgendwie gestatten, einer Erhöhung der Grundgehälter der Beamten im gegebenen Zeitpunkt nicht Schwierigkeiten technischer Art hindernd oder verzögernd entgegenstehen, wie z. B. aus einer Vertagung des Reichstages oder infolge Ablaufs der Legislaturperiode. Der Ausschuß nahm die Verordnung zur Kenntnis und ersuchte weiterhin die Reichsregierung, bei einer künftigen Neuregelung der Gehälter die Frauen- und Kinderzulage wesentlich zu erhöhen. Zweifellos wurzelt die dem Reichsfinanzminister durch die neue Verordnung eingeräumte Ermächtigung zur Festsetzung erhöhter Grundgehälter in der Erkenntnis, daß die jetzigen Bezüge der Beamten entsetzlich zu niedrig sind. Das trifft aber auch auf die Lohn- und Gehaltsbesitzer im

allgemeinen zu, und zwar noch in erhöhtem Maße, weil die wenigsten Arbeiter und Angehörigen Familienzulagen beziehen und Pensionsansprüche überhaupt nicht kennen.

Verschiedene Eingänge

„Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Lehrstuhl für Buchdrucker in Leipzig. 45. Jahrgang. Heft 1. Bezugspreis pro Heft 1 M., zuzüglich Postgebühren und Verpackungskosten. ...

Briefkasten

M. S. in Dr.: Hibel Aufnahme. — R. S. in Halle: Inf. 217: 1,40 M. — G. S. in Hg.: Inf. 21 in 4: 1,60 M. — D. W. in Weimar: Inf. 237 in 113: 2,20 M. — G. S. in G.: Inf. 234: 1,70 M. — Wersau: Inf. 236: 1,50 M. — S. in Dr.: Inf. 236: 1,80 M.

Verbandsnachrichten

Erstl. Das Buch „Thüringen Nr. 452“ des Sehers Ernst Weich ist auf der Reise durch die Tischsetzwerke verloren gegangen oder in Ding (Deutschland) gestohlen worden. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt und ist auftauchendfalls an den Gewerkschaftsverband zu melden. Dem Kollegen Weich wurde ein zweites Buch „Thüringen Nr. 452“ ausgehändigt.

Bestl. Ludwigshafen a. Rh. Die Kollegen W. Klein (Hauptbuchnummer 10 261), Neuhofen; Eug. Wolfard (06 015), Remkadt a. S.; Joh. Binninger (70 463), Sternheim; Phil. Schumann (70 066), Lindenberg; Joh. Hilt (70 914), Ebersberg; Karl Wolf (04 100), Stuttgart; Otto Hoff (118 080), Mannheim; Franz Steinhilber (118 303), Mannheim, wollen sich zuweilen Regelung ihrer Beiträge bis spätestens 5. März beim Vorstehenden G. Casper, Ludwigshafen a. Rh., Marktstraße 24, IV, melden, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Bestl. Die Kollegen Erich Grunhiser (Hauptbuchnummer 66 268), Rudolf Ludwig (08 800), Georg Bornemann (07 543), Herbert Schiller (121 577), Fritz Scherer (119 461) werden ersucht, sich bis 1. März beim Ortsleiter M. Schulz, Potsdam-Wildpark, Neue Dultenstraße 23, Haus III, zu melden, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Adressenveränderung

Wiesl. (Beine). Vorstehender: A. Wiegert, Steinbergstraße 5; Kassierer: Franz Kallise, Reinkstraße 1.

Zulassung a. Rh. (Regist. und Ort.) Vorstehender: Hermann Schumacher, Marktgrabenstraße 67; Kassierer: Karl Dack, Lindenburgerplatz 7. ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse): Im Gau Erzgebirge-Vogtland der Maschinenseher Fritz Jannack, geb. in Sager 1901; ...

Arbeitslosenunterstützung

Wiesl. Das Blattikum an Durchreisende wird nur durch den Ortsvorstand (Bureau „Gewerkschaftshaus“) ausgehändigt. Ungehören in den Betrieben ist nicht gestattet.

Versammlungskalender

Bezirk „Mär-Meler“. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr, in „Mörsers Gasthof“ in Berchtesgaden. ...

Zentralkommission der Maschinenseher

Alle an die Zentralkommission gerichteten Zuschriften sind von jetzt ab zu adressieren an Kollegen Bruno Krejtzmer, Berlin-Neutempel, Bismarckstraße 3, I.

Anzeigengebühr: Dr. 10-14wöchentliche Zeit. 20 Goldpf. für Verlags-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen. Sonstige Anzeigen 60 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die zweiwöchentlich erscheinende Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Postfachempfang.

Graphische Vereinigung Dresden Sonnabend, den 23. Februar, abends 7 Uhr, im Saale des „Raubachhofes“, Raubachstraße:

Versammlung

Kollege Drecker (Leipzig) spricht über den Internationalen Wettbewerb der „Typographischen Mitteilungen“. Gäste sehr willkommen. [238]

Typographischer

für Universal-Maschine, außer Maschinenkennner und Kasser besessener Eger, hauptsächlich für Stellung, sofort gesucht. Hamburger Druckerei- und Verlags-Gesellschaft, Hamburg, Alsterstraße 57.

Typographischer

Infolge Aufstellung weiterer Maschinen suche ich für meinen Schmalzschneid- und Beschreib- noch einige tüchtige Herren für besten Werkstoff. Ich erbitte ausführliche Angebote. [229] S. C. Haag, Melle i. Hann.

Maschinenmeister

für besten Werkstoff und Plattendruck gesucht. In möglichst sofortigem Eintritt suche ich für meine mit den modernsten Schnellpressen ausgestattete Druckerei noch mehrere Maschinenmeister. Sie wollen sich nur Herren melden, die solide und saubere Arbeiter sind und entweder den Maschinen oder den Universalanleger kennen. [221] Ich erbitte Angebote mit näheren Angaben. S. C. Haag, Melle i. Hann.

Monotypist

(Modell D) für teilsprachliche Werke baldigt gesucht. Desgleichen ein

erster Altdenzseher

(nur wichtigste erste Kraft) mit feinem Gefühl für Raum und Schrift, mit modernstem Material vertraut. Angebote mit Zeugnisabschriften und selbstgefertigte Muster erbeten an Buchdruckerei R. Oldenbourg, München, Olkstraße 8.

Schriftsetzereifaktor

für neu zu gründende Schriftsetzerei in Berlin gesucht. Nur tüchtige, vorwärtsstrebende Kraft, der an Lebensstellung gelegen ist, sollte sich melden unter L. W. 6333 an Rudolf Köhler, Leipzig. [229]

Stempelschneidez

der schon an der Denton-Waldow-Maschine gearbeitet hat, gesucht. Bewerbungen erbitte Typograph O. m. b. H., Schmiedschneiderei, Berlin NW 67, Gutenbergstraße 17/18. [211]

Typographischer (B) gesucht. Reisvermittlung. Koosherder, Darmstadt, Weichstraße 14.

Durchaus erfahrener Maschinenmeister

für dreifache Illustrationsrotation König & Bauer, firm in allen vorkommenden Arbeiten, sucht [222] Gerold-Verlag, Pöthen in Thür.

Stereotypen nach Südbayern

Alle sofortigen Eintritt wird ein Stereotypen gesucht. Versätze muß in Rund- und Flachstereotypie bewandt sein. Krauß & Co., A.-G., Landshut i. Bay.

Ein tüchtiger, fleißiger Drucker - Stereotypen

mit Kenntnissen an der Rotationsmaschine, nicht über 25 Jahre alt, zum sofortigen Eintritt nach süddeutscher Großstadt in Dauerstellung gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschrift, unter Nr. 227 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

In Leipzig möchte sich strebsamer, akademisch ausgebild.

Arzt suchen. Termine und Gehalt auf Wunsch zur Verfügung. Angebote unter Nr. 223 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Jungen, ledigen, fleißigen Altdenzseher

gute Zeichner, 21 Jahre alt, sucht sofort oder spätere Zeit. H. Beckhoff, Brandenburg a. H., Zehnstraße 10.

Schriftsetzender Kollege, der die Beacht. u. Bekanntheit eines nach dem Leben gezeichneten Berliner Romans über. u. spannend u. geklärt, weiß, dergleichen Leistungen für sich, gleich und andern modern. Schmeich gesucht. Anruf. Angebote unter Nr. 230 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Gewissenhaft. Altdenzseher, zwei Jahre als Korrektor tätig,

sucht sich in Leipzig in Offizin zu verdingen, wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich anzuwenden. [225] Off. unter Nr. 232 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Linothype oder Typograph

auszubilden. Off. unter Nr. 228 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Gleich wohin! Gleich wohin!

Junger, fleißiger (ledig) Werk-, Inker-, Altdenzseher sucht sofortige Stellung. Event. auch als Inkeranwärter. Off. unter Nr. 231 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Arbeitskollegen

(Maschinenmeister od. Schmelzgerben bevorzugt) bietet sich zum Verdienst bei Planvertrieb durch Vertrieb von „Häusers „Regelmittel“ (DRWM). Off. erbeten an Karl Heß, Stolch (Gaden). Altkönig, Fabrikant u. Generalvertr. f. Deutschland.

Maschinenband

sonstige alle Druckereientenstellen liefert. Segner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolfstr. 112.

Metteur, Korrektor o. U.

Off. unter Nr. 233 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Typographischer

A., U.-A., U.-B, sucht für sofort angenehme Dauerstellung. Offerten unter Nr. 216 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Wo und unter welchen Bedingungen kann sich junger Schriftsetzer an der Schmalzschneiderei ausbilden? Werte Ang. unter K. Nr. 219 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Joseph Wollentowits

gerufen in Göttingen (Dhr.), wird um Angabe f. Adresse gebeten. Kollege Nr. 1225

In dgl. Monoton. zahlb.

Feine 4 Bde., Schiller 2 Bde., Heibel 4 Bde., Goethe. Keller 6 Bde., Hauff 2 Bde., Andersen 4 Bde., Chamisso 2 Bde., Wölfer 1 Bd. Jeder Band Leinen geb. 6,50 Gldm. Dumas Weltromane, 10 Bde. gebund. für nur 50 Gld. - Marillat Romane 9 Bde. geb. kostet für nur 12 Gldm. Duden, Rechtschreib. d. deutsch. Spr. u. Fremdw., geb. 4 Gldm. E. H. Wido a. K., Berlin-Lichtf.

Arbeitskollegen

(Maschinenmeister od. Schmelzgerben bevorzugt) bietet sich zum Verdienst bei Planvertrieb durch Vertrieb von „Häusers „Regelmittel“ (DRWM). Off. erbeten an Karl Heß, Stolch (Gaden). Altkönig, Fabrikant u. Generalvertr. f. Deutschland.

Maschinenband

sonstige alle Druckereientenstellen liefert. Segner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolfstr. 112.

Metteur, Korrektor o. U.

Off. unter Nr. 233 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Typographischer

A., U.-A., U.-B, sucht für sofort angenehme Dauerstellung. Offerten unter Nr. 216 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Ludwig Mortensen Düsseldorf, Jochenstraße 7. Telefon 15074 schärft Rotationsmesser, liefert Kunstgestirbe und Maschinenband und andere Utensilien für Druckereien. Schnelle und billige Bedienung. [190]

Am 12. Februar verstarb unser lieber Kollege, der Eger [218]

H. Schörken aus Weilmann, im 63. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 14. Februar verstarb nach kurzem Leiden unser wertiger Kollege, der Egerinnsalbe

Emil Krüger aus Breslau, im Alter von 67 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt vom Oetoverein Breslau.

Am 11. Februar verstarb nach längerem Leiden unser tüchtiger Kollege, der Eger

Willy Hoffmann im Alter von 34 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Buchdruckerei „Typographia“ Scharfstein „Butenberg“.